



Henning-von-Tresckow-Straße 9-13
14467 Potsdam

Bearb.: Ines Nagel
Gesch.Z.: 43.2
Telefon: +49 331 866-2836
Fax: +49 331 293788
Internet: <https://mik.brandenburg.de>
Ines.Nagel@mik.brandenburg.de

Bus und Straßenbahn: Alter Markt/Landtag
Bahn und S-Bahn: Potsdam Hauptbahnhof

Ministerium des Innern und für Kommunales des Landes Brandenburg
Postfach

per E-Mail

Potsdam, 16. Dezember 2022

**Antrag nach dem Akteneinsichts- und Informationszugangsgesetz (AIG),
BbgUIG, VIG**

Anfrage zu rechten Chatgruppen und Hinweisen in den Polizeidienststellen
und/oder Polizeibehörden [#263480]

Sehr geehrte Frau

in Ihrem Antrag vom 17. November 2022 bitten Sie um Auskunft im Zusammen-
hang mit rechten Chatgruppen seit dem Jahr 2005 im Land Brandenburg.

Die von Ihnen gewünschten Informationen liegen im Ministerium des Innern und
für Kommunales des Landes Brandenburg nicht vor.

Das Recht auf Informationszugang besteht in bei den jeweiligen Stellen vorhan-
denen Akten. Es besteht kein Anspruch darauf, dass die begehrten Informationen
oder Akten erstellt, beschafft oder aufbereitet werden.

Dennoch möchte ich Ihnen nachfolgende Informationen zur Verfügung stellen:

Im Land Brandenburg gibt es eine Vielzahl von Maßnahmen, die sicherstellen,
dass mögliche Rechtsextremismus-Verdachtsfälle in den eigenen Sicherheitsbe-
hörden proaktiv erkannt werden. Seit Juni 2020 wird der durch das Brandenburgi-
sche Innenministerium entwickelte Maßnahmenplan gegen Rechtsextremismus
und Hasskriminalität umgesetzt. Im Zuge dessen hat unter anderem der Verfas-
sungsschutz ein Hinweistelefon eingerichtet, über das Bürgerinnen und Bürger
aber auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Behörden direkt, unbürokratisch,

E-Mails mit qualifiziert elektronisch signierten Dokumenten und/oder Verschlüsselung sind an die folgende Adresse zu
richten: Poststelle@mik.brandenburg.de



einfach und vertraulich Hinweise im Zusammenhang mit Extremismus und Radikalisierung geben können. Darüber hinaus führt der Verfassungsschutz regelmäßig Veranstaltungen zum Phänomenbereich Rechtsextremismus durch, die insbesondere der Sensibilisierung für dieses Thema dienen.

Im Jahr 2021 wurde angesichts der öffentlichen Diskussionen über polizeiliches Fehlverhalten und „institutionellen Rassismus“ zudem eine Ansprechstelle für Extremismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (EGMF) im Leitungsbereich des Polizeipräsidioms eingerichtet. Durch jährlich erstellte Lagebilder sollen Tendenzen rechtzeitig erkannt und auf deren Grundlage Handlungsempfehlungen abgeleitet werden. Mit der Ansprechstelle (EGMF) gibt es für alle Bediensteten des Polizeipräsidioms bei jeglichen Hinweisen auf Extremismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit einen zentralen und unmittelbaren Ansprechpartner. Gemeint sind hierbei Hinweise, denen eine rechtsextremistische oder rassistisch motivierte Dienstpflichtverletzung z.B. durch Äußerung, Handlung oder Verhaltensweisen zugrunde liegen könnte.

Zur Stärkung der demokratischen Resilienz und zur Sensibilisierung der Bediensteten führt das Polizeipräsidium im Rahmen von Aus- und Fortbildungsangeboten seit 2021 Workshops zum Thema „Selbstbildnis und Rollenverständnis der Polizei in der Gesellschaft“ durch.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag



Lankamp